

Schutz für Whistleblower

Ein neues Gesetz soll Hinweisgeber vor Repressalien bewahren. Das wissen nur einige der betroffenen Unternehmen.

Von Rüdiger Köhn, München

Hinweisgeberschutz gehört auf Google nicht zu den Hits unter den Suchanfragen. Das ist für Achim Weick ein Indiz, dass viele noch gar nicht ahnen, was ihnen bevorsteht – vor allem 17 000 Unternehmen in Deutschland. „Nur wenigen ist bislang bewusst, was da bis Mitte Dezember auf sie zukommt“, sagt der Vorstandsvorsitzende der EQS Group, eines Informationsdienstleisters, der Plattformen Kapitalmarkt- und Investorinformationen anbietet. Zunächst sind Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern sowie Behörden betroffen und von 2023 an Arbeitgeber mit mehr als 50 Beschäftigten. Die Zeit rennt. In neun Monaten muss ein sicheres System für Hinweisgeber (Whistleblower) installiert sein.

Ein Déjà-vu zeichnet sich ab. Vor drei Jahren gingen viele Betriebe unvorbereitet in die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), trotz Vorwarnungen. Sicher ist: Briefkästen in Unternehmen, E-Mails und Telefon-Hotlines sind als Hinweiskanäle für Whistleblower zu unsicher. Schon seit Jahren wird über die Notwendigkeit diskutiert, Hinweisgeber zu schützen, damit sie nicht Repressalien ausgesetzt werden, wenn sie das Fälschen von Finanzzahlen, Geldwäsche, Korruption, Wirtschaftsspionage, Betrug, Diebstahl, Unterschlagung, Mobbing oder sexuelle Übergriffe aufdecken.

Die Korruptionsskandale um Siemens und MAN und die Diesel-Affäre von Volkswagen haben die Notwendigkeit von Informanten-Systemen deutlich gemacht. Prominente Fälle wie die des CIA-Mitarbeiters Edward Snowden und die „Panama Papers“ über Steuerhinterziehung und Geldwäsche haben gezeigt, wie wichtig Whistleblower sind, welchen Gefahren sie aber auch ausgesetzt sind, wenn sie nicht anonym bleiben. Um den Schutz zu gewährleisten, hat die EU-Kommission am 17. Dezember 2019 eine Richtlinie zum Aufbau von Whistleblower-Systemen verabschiedet, die innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht der Mitgliedsländer umzusetzen ist.

Deutschland, davon ist Weick überzeugt, wird es rechtzeitig schaffen. Der vom Justizministerium verfasste Referentenentwurf liegt im Finanz- und Wirt-

schaftsministerium. Dass der Termin eingehalten wird, dürfte auch dem Skandal um Wirecard zu verdanken sein. Durch die Insolvenz des Zahlungsdienstleisters ist die Debatte um Compliance und Informantenschutz befeuert worden, in der Regierung, unter Investoren und in der Öffentlichkeit. Auch Wirecard hatte einen Hinweiskanal – der jedoch dem Vernehmen nach unter der Obhut des per Haftbefehl gesuchten Vorstands und mutmaßlichen Bilanzskandal-Drahtziehers Jan Marsalek gestanden haben soll.

Ein System dürfe nicht ausgehebelt werden, sagt Weick. Das sei nicht allein Sache des Vorstands, sondern auch der Kontrolleure. „Der Umgang mit dem Aufdecken von Missständen muss für Aufsichtsräte eine hohe Priorität haben.“ Tatsächlich werde das auch oft von Kontrolleuren angestoßen. Der EQS-Chef spricht aus Erfahrung. Rund 800 Unternehmen in Europa hat das Unternehmen mit digitalen Hinweisgeber-Systemen über das Intranet und auf Cloud-Basis ausgerüstet, darunter die Europäische Zentralbank, die französischen Konzerne L'Oréal und Thales, die Schweizer Bank UBS, Continental, Knorr-Bremse, den Sportartikelhersteller Puma und viele Mittelständler, etwa Hipp.

Viel ist noch zu tun bis Dezember. Nach der letzten repräsentativen Umfra-

ge der Hochschule für Technik und Wirtschaft im Schweizer Chur (HTW) unter 1400 Unternehmen aus vier europäischen Ländern haben nur 59 Prozent der Befragten Hotlines, Internetportale, E-Mail, mobile App, Fax oder Brief als Informationskanäle genutzt. In Deutschland haben 56 Prozent Hinweisgeber-Kanäle installiert. In Frankreich waren es noch weniger (53 Prozent); Großbritannien und die Schweiz lagen mit je 65 Prozent deutlich darüber. Nur ein Viertel der deutschen Unternehmen verfügt über ein digitales System, das dem Gesetz mit einigen Anpassungen gerecht werden könnte. Telefon, Brief und E-Mail gehen gar nicht mehr.

Lange lastete dem Whistleblower das Denunziantentum an; nach der HTW-Studie wollen 58 Prozent der Hinweisgeber anonym bleiben. Wichtiger ist: Die Hälfte der eingegangenen Meldungen ist tatsächlich relevant; 40 Prozent hatten Substanz, passten aber nicht in die Systematik; nur jede zehnte Meldung war missbräuchlich. Wirecard indes dürfte in den Augen von Weick der Grund sein, dass das Thema in der Öffentlichkeit inzwischen positiv besetzt ist. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) soll angeblich wegen des hohen Aufwands für Unternehmen zu bremsen versucht haben. Justizministerin Christine Lambrecht

(SPD) zieht die Pläne durch. Nach dem Gesetz sollen Informanten die Wahl haben, sich an ein unternehmensinternes System oder an eine externe Aufsichtsbehörde zu wenden, hierzulande an den Bundesdatenschutzbeauftragten.

Es gibt viel Potential für die zwei großen Anbieter in Europa. EQS-Konkurrent Business Keeper aus Berlin war mit der Gründung 2001 der Pionier. Ein Schwerpunkt sind öffentliche Einrichtungen und Behörden wie die Finanzaufsicht Bafin und das Kartellamt. Die Berliner beanspruchen zudem, fast die Hälfte der Dax-Konzerne mit elektronischen Systemen auszurüsten – Linde, Munich Re, Siemens, Deutsche Telekom und Delivery Hero zum Beispiel. Nicht erst durch Edward Snowden gewann das Thema Dynamik. Zur Initialzündung kam es durch den amerikanischen Sarbanes Oxley Act aus dem Jahr 2002, der nach den Bilanzskandalen der Unternehmen Enron und Worldcom verabschiedet wurde und eine strikte Informationspolitik gegenüber Kapitalmärkten anordnete. So ist das amerikanische Pendant zu Business Keeper – Navex Global – groß geworden, das den Markt in den Vereinigten Staaten durch ein Netz von Telefon-Hotlines aufrollte.

EQS, im Jahr 2000 gegründet, hat bis vor wenigen Jahren digitale Plattformen für Kapitalmarktinformationen sowie die Investorenpflege aufgebaut und ist Betreiber der 2005 übernommenen Deutschen Gesellschaft für Ad-hoc-Publizistik (DGAP). Mit dem Erwerb der Schweizer Integrity Line 2018, die Hinweisgeber-Software mit der erforderlichen Anonymität entwickelt hat, erfolgte der Einstieg in diesen Markt. Der locker gehandhabte Datenschutz in Amerika führt dazu, dass Unternehmen in Europa eher auf EQS und Business Keeper, weniger auf Navex zurückgreifen. Es werden auch Start-ups vordringen wie der Software-dienstleister Legal Tegrity (F.A.Z. vom 22. Februar). Weick hofft für EQS, den Kundenstamm von 800 auf 5000 Unternehmen bis Ende 2022 auszuweiten. Alle 17 000 Unternehmen werden in seinen Augen die zeitliche Vorgabe kaum schaffen, eher die Hälfte. Von den 50 000 Unternehmen in der EU ist da noch keine Rede und schon gar nicht von den Kleinen mit mehr als 50 Beschäftigten.